

Betreff:

Verwaltungslotsen
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 16.08.2011 -

Antragstext:

Verwaltungslotsen

Eine Studie der Arbeitsgruppe ‚Amicus‘ der Hochschule RheinMain zu der Lebenssituation von älteren Migrantinnen und Migranten im Westend und in Biebrich hat u.a. sichtbar gemacht, dass bei anstehenden Behördengängen über die Zielsetzungen und insbesondere über das Procedere solcher Vorhaben (einschlägige Rechtsgrundlagen, erforderliche Antragsformulare, zuständige Anlaufstelle in der Verwaltung etc. etc.) häufig völlige Unklarheiten und Ratlosigkeiten bestehen. **Nach allgemeiner Erfahrung beschränkt sich diese Unsicherheit im Umgang mit behördlichen Stellen keineswegs auf (ältere) Menschen mit Migrationshintergrund.** Es handelt sich vielmehr um ein allgemeines Problem. Ängste, Sprachschranken und Unsicherheiten im Umgang mit Amtsstellen sind weit verbreitet. Eine Lösung dieses Problems liegt in der Einrichtung eines ehrenamtlich organisierten Beratungsdienstes, welcher mittels seines niedrigschwelligen Angebotes Zugangs- und Berührungspunkten zuvor kommt. Die Verwaltungslotsen sollen u.a. aus dem Kreis engagierter Bürgerinnen und Bürger sowie aus engagierten ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes im Ruhestand rekrutieren werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten,
 - a. einen regelmäßigen Beratungsdienst für potentielle Behördenbesucherinnen und -besucher einzurichten,
 - b. der von ehrenamtlichen Beraterinnen und Beratern besetzt wird
 - c. die Beratung dezentral zu organisieren und
 - d. dafür zu sorgen, dass dieser gebührenfreie bzw. kostenlose Beratungsdienst von ‚Verwaltungslotsen‘ nach seiner Einrichtung in geeigneter Weise der Wiesbadener Bevölkerung bekannt gemacht wird.
2. Dabei ist eine Kooperation mit dem Projekt ‚Bürgerkolleg‘ anzustreben.

Wiesbaden, 17.08.2011